

Liebe Leserinnen und Leser,
hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 15. Dezember 2016.

Anfragen

Obwohl im Ältestenrat vereinbart worden war, dass in der Haushaltsratssitzung keine Anfragen gestellt werden, fragten die Fraktion Tierschutzpartei/freie Wähler (TP/FW), warum ihre Anfragen in der vorausgegangenen Sitzung nur kurz beantwortet wurden. Die Verwaltung teilte mit, dass die Beantwortung zwischen den jeweiligen Beigeordneten und dem Oberbürgermeister abgesprochen wird und aufgrund der erteilten Antwort keine der nach der Geschäftsordnung zulässigen Nachfragen gestellt wurden.

Bericht aus der Kleinen Kommission Kö-Bogen

Die Verwaltung berichtete, dass die Mauerscheiben auf dem Gustav-Gründgens-Platz abgetragen und eingelagert wurden. Die Arbeiten am Martin-Luther-Platz werden im Februar beendet sein, die Arbeiten am Corneliusplatz einschl. Wiederaufbau des Schalenbrunnens bis April 2017. Die weiteren Bereiche am Kaufhof werden bis 2018 fertiggestellt. Die Baukosten sind positiv stabil. Für den Kö-Bogen II wurde am 16.11. der notarielle Vertrag beurkundet, am 17.11. fasste der Rat den Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan. Notwendige Regelungen für das Schauspielhaus wurden beurkundet. Die Erschließung des Drei-Scheiben-Hauses ist gesichert, es wird Interimszufahrten geben.

Bericht aus der Kleinen Kommission Grand Départ

Die Verwaltung berichtete, dass am 14.11. ein Tour-Gipfel mit den Ober-/BürgermeisterInnen und Landräten der Städte und Kreise stattfand, durch die die 2. Etappe führt. Sie beteiligen sich mit 0,4 Mio Euro an den Lizenzkosten des Ausrichters. Die für 2016 geplanten Einnahmen von 1,79 Mio werden voraussichtlich leicht überschritten. 20 Unternehmen beteiligen sich mit jeweils 5000 Euro am "Team 2017", das in den nächsten Tagen auch auf einem Rheinbahnbus präsent sein wird. Anfang 2017 werden die Fotos von Andreas Gursky produziert, die zum Preis von 50.000 Euro erworben werden können. Die geplanten Ausgaben liegen im Plan. Die tatsächlichen Personalkosten werden 2017 dem Budget zugerechnet. Es wurde vereinbart, dass die Abrechnung der Kosten des Jedermann-Rennens, das die Agentur La Bici im Auftrag der SG Kaarst ausgerichtet hat, nach Vorlage der endgültigen Abrechnung geprüft wird. Am 16.12. wird das Café Velo am Marktplatz 5 eröffnet. Das Sicherheitskonzept für den Grand Départ ist in Arbeit, es wird einen Monat vor der Veranstaltung fertig sein.

Verwaltungsvorlagen

Der Rat stellte bei den **Jahresabschluss 2015 des Stadtbetriebs Zentrale Dienste** vorbehaltlich der Erteilung des uneingeschränkten Vermerks der Gemeindeprüfanstalt NRW fest, erteilte dem Betriebsausschuss Entlastung und beschloss, den Überschuss in Höhe von 222 TEuro der allgemeinen Rücklage des Stadtbetriebs Zentrale Dienste zu zuführen. Er beschloss den **Wirtschaftsplan 2017** mit einem Volumen von 37,3 Mio Euro (einstimmig).

Der Rat stellte einstimmig den **Jahresabschluss 2015 des Stadtentwässerungsbetriebes (SEBD)** fest und entlastete den Betriebsausschuss. Er beschloss, aus dem Überschuss in Höhe von 9,2 Mio einen Teilbetrag in Höhe von 3,5 Mio Euro an den

allgemeinen Haushalt auszuschütten und den verbleibenden Betrag den Rücklagen des SEBD zuzuführen.

Der Rat stellte den **Wirtschaftsplan des Stadtentwässerungsbetriebes 2017** (gegen Pirat, Enthaltung Linke, AfD) sowie die Erfolgs- und Vermögensplanung bis 2020 (gegen Pirat, Linke) fest. Weiterhin nahm er die Gebührenkalkulation ab 1.1.2017 zur Kenntnis. Durch Entnahmen aus der Gebührenausgleichsverbindlichkeit in Höhe von 1,8 Mio Euro und aus dem zweckgebundenen Eigenkapital in Höhe von 6,5 Mio Euro können die Gebühren unverändert bleiben. Der Zinssatz für die kalkulatorische Verzinsung wird von 6,5 auf 6,45 % reduziert. Die **Gebühren für die Schmutzwasserentsorgung in Höhe von 1,52 Euro je cbm und für die Niederschlagswasserentsorgung in Höhe von 0,98 je qm** befestigter Fläche bleiben unverändert, wobei für die Niederschlagswasserentsorgung von Gründächern ein ermäßigter Gebührensatz von **0,49 Euro** je qm Gründach gilt.

Der Rat beschloss einstimmig die Gebührenkalkulation für die **Straßenreinigung 2017**. Die Gebühren werden wegen einer günstigen Entwicklung von Logistik- und Entsorgungskosten um 1,5 % gesenkt. Bei einigen Straßen wurden die Reinigungsklassen geändert, neue Straßen wurden in die Satzung aufgenommen.

Der Rat beschloss bei Enthaltung der Linken neue **Gebührentarife für den Bereich des Garten-, Friedhofs- und Forstamtes**. Einige Gebühren werden im Hinblick auf Tarif- und Kostensteigerungen angepasst.

Der Rat beschloss einstimmig **neue Gebührentarife im Friedhofsbereich**. Die Kostensteigerungen sowie die Sondermaßnahmen zur Instandsetzung der Infrastruktur auf den Friedhöfen in Höhe von 0,74 Mio Euro werden insgesamt durch eine Entnahme aus der Gebührenausgleichsrücklage ausgeglichen. Die Gebühren im Bereich Krematorium bleiben unverändert, bei den übrigen Gebühren gibt es zum Teil geringfügige Erhöhungen, zum Teil auch Reduzierungen.

Der Rat änderte aufgrund eines gerichtlichen Verfahrens die **Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage** im Hinblick auf die Rechtsnachfolge des Nutzungsrechts (Enthaltung Linke).

Der Rat beschloss einstimmig eine Neufassung der seit 2000 unveränderten **Entgeltordnung für die Feuerweherschule** und die staatlich anerkannte Schule für Rettungsdienst.

Der Rat beschloss gegen CDU, TP/FW bei Enthaltung der AfD die Gebührenkalkulation und Gebührensatzung für die **Abfallentsorgung 2017**. Die Gebührensätze für die Restmülltonnen bleiben unverändert, die Gebühren für die Biotonnen werden um 44 % gesenkt.

Der Rat beschloss gegen CDU, TP/FW bei Enthaltung der Linken, AfD, Rep das **Abfallwirtschaftskonzept 2016-2020**. Priorität hat die Abfallvermeidung. Während Mehrwegbecher in den Veranstaltungsstätten etabliert sind, gibt es im öffentlichen Raum noch erheblichen Verbesserungsbedarf. Deshalb sollen entsprechende Regeln für Veranstaltungen auf städtischen Flächen sowie im öffentlichen Straßenraum eingeführt werden. Über Ausnahmen soll der Ausschuss für öffentliche Einrichtungen regelmäßig informiert werden. Die getrennte Sammlung von Bio- und Grünabfällen soll gesteigert werden, u.a. soll die Biotonne im gesamten Stadtgebiet angeboten werden. Außerdem werden über die Gebühren Anreize zur Nutzung geschaffen. Es wird angestrebt, die Papiertonnen auszuweiten und die Bündelsammlungen einzustellen. Gefaltete Papp-Groß-Kartons sollen neben die Papiertonnen gestellt werden. Je nach Nutzung der Papiertonnen sollen die Depotcontainer abgezogen werden.

Der Rat beschloss gegen Linke eine **Neufassung des Gebührentarifs für Tätigkeiten nach dem Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst** zum 1.1.2017. Dies betrifft Bescheinigungen, Zeugnisse und Gutachten.

Der Rat beschloss gegen CDU, Linke, TP/FW zum 1.8.2017 eine **Änderung der Elternbeiträge für die Offenen Ganztagschulen im Primarbereich**. Der Höchstsatz wird von 150 Euro (seit 1.8.2012 in der Einkommensstufe über 80.000 Euro gültig) auf 180 Euro erhöht. Dies betrifft 2916 Beitragspflichtige. Ab 1.8.2017 werden zusätzliche Einnahmen in Höhe von 437.000 Euro erzielt, ab 2018 rd. 1 Mio Euro.

Der Rat beschloss bei Enthaltung der Linken die Beteiligung als Teil der Gebietskulisse Euregio Rhein-Waal und mittlerer Niederrhein an der **Bewerbung für die Euregio-nale 2022/2025**. Der Bewerbungsname „NiederRheinLande EuRegionale im Fluss“ symbolisiert den Rhein als verbindendes Band sowie die grenzüberschreitende Bedeutung mit dem niederländischen Nachbarn, der Provinz Gelderland. Bei erfolgreicher Bewerbung – die Auswahl erfolgt im Frühjahr 2017 durch das Land – beteiligt sich die Stadt an den Organisationskosten, Aufwand ca. 15.000 bis 20.000 Euro jährlich.

Der Rat beschloss gegen TP/FW die Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 3,1 Mio Euro für die **integrierte Quartiersentwicklung Garath 2.0**, wobei 1,9 Mio Euro Fördermittel des Landes erwartet werden. Hieraus werden die weitere Konzepterstellung sowie ein Freiraumkonzept mit einer Analyse zur Nachverdichtung, Quartiersmanagement, Citymanagement, das Zentrum der Jugendarbeit „Gestalt-Bar“, der Bewegungspark Stettiner Straße, der Ersatzneubau für die Jugendfreizeiteinrichtung Koblenzer Straße, die Turnhallen an der Koblenzer Straße und an der Stettiner Straße, der Umbau der Freizeitstätte Garath sowie Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit und Partizipation der Bürger und Bürgerinnen finanziert. Es wird versucht, weitere Mittel aus europäischen Fonds zu akquirieren.

Der Rat beschloss einstimmig, für das Jahr 2017 die **Ratssitzungen von Gebärdendolmetscherinnen/-dolmetschern** übersetzen zu lassen, dies per Live-Stream zu übertragen, zu speichern und zum nachträglichen Abruf bis zur Genehmigung der Niederschrift im Internet zur Verfügung zu stellen. Hierfür werden Haushaltsmittel in Höhe von 20.000 Euro zur Verfügung zu gestellt.

Der Rat beschloss einstimmig, der **Partnerstadt Haifa** nach der verheerenden Brandkatastrophe eine finanzielle Hilfe in Höhe von 50.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Weitere 1000 Euro stellt der Verein Brücke Düsseldorf-Haifa bereit.

Der Rat nahm einen Bericht über den Sachstand beim **Projekt Verwaltung 2020** zur Kenntnis und überwies ihn zur weiteren Beratung in den Personal- und Organisationsausschuss. Bisher wurde ein Einsparpotenzial von ca. 13,2 % der Stellen und überplanmäßigen Funktionen identifiziert. Bereiche mit ins. 1532 Stellen, in denen bereits Organisationsprojekte laufen, wurden nicht einbezogen. Die den Einsparungen zugrunde liegenden Maßnahmen resultieren aus der Anpassung des Leistungsumfangs (29 %), verbesserter Organisation und Schnittstellen (32 %), effizienteren Prozessen und Digitalisierung (26 %) sowie Optimierung der Fremdvergaben (13 %). Zwei Drittel der Maßnahmen lassen sich mit einem geringem Investitionsaufwand umsetzen. Für Investitionen in verbesserte IT und technische Ausstattung, wie zum Beispiel die Digitalisierung von Arbeitsabläufen, die Einführung der elektronischen Akte und ein Scanning von Eingangspost und Dokumenten sind bis 2020 rd. 12 Mio Euro erforderlich, von denen 2017 rd. 2 Mio Euro bereitgestellt werden.

Der Rat beschloss gegen CDU (mit Ausnahme einer Stimme), 2 TP/FW, Rep, Enthalt-

tung AfD) die **Umbenennung der Hans-Günther-Sohl-Straße in Luise-Rainer-Straße**. Hans-Günther Sohl war stellvertretender Vorsitzender der Vereinigten Stahlwerk, dann Vorsitzender der August-Thyssen-Hütte AG. Er war Mitglied in der NSDAP und besetzte eine besondere Rolle beim Einsatz von Zwangsarbeitern und – arbeiterinnen bei den Vereinigten Stahlwerken. Die nach ihm benannte Straße liegt in unmittelbarer Nähe zum ehemaligen Außenlager „Berta“ des KZ Buchenwald. Luise Rainer ist in Düsseldorf geboren und war eine deutsche Schauspielerinnen mit jüdischer Herkunft. Sie gewann 1937 und 1938 einen Oscar als beste Hauptdarstellerin. Über den Antrag der CDU, die Straße nicht umzubenennen sondern die Straßenschilder mit einer Erläuterungstafel zu ergänzen und an geeigneter Stelle Hinweistafeln oder Informationsstelen zu errichten mit Informationen zum Standort des ehemaligen Außenlagers des KZ Buchenwald sowie zur Person Hans-Günther Sohl, zu seinem Wirken während der NS-Zeit und seinen Verdiensten nach dem Zweiten Weltkrieg, wurde dann nicht mehr abgestimmt.

Personalien

Der Rat beschloss

- der Verbandsversammlung des Bergisch-Rheinischen Wasserverbandes vorzuschlagen, Herrn Dipl. Ing. Ingo Noppen als Nachfolger für den aus dem aktiven Dienst ausscheidenden Dr. Claus Henning Rolfs in den Vorstand zu wählen.

Bauen

Der Rat beauftragte die Verwaltung mit der Planung und Kostenberechnung folgender Projekte:

- **Radschnellverbindung Neuss, Düsseldorf, Langenfeld, Monheim** mit vorläufigen Gesamtkosten von 36 Mio Euro. Die 30 km lange Radschnellwegstrecke Süd verläuft von der Neusser Innenstadt über die die Josef-Kardinal-Frings-Brücke und die Stadtteile Volmerswerth und Flehe zur Heinrich-Heine-Universität und von dort weiter durch Wersten, Holthausen, Benrath nach Garath. Dort zweigt sich der Radschnellweg in einen Ast Richtung Langenfeld und einen Ast über Hellerhof, Baumberg an die südliche Stadtteilgrenze von Monheim. Die Kosten für alle Maßnahmen auch in den Nachbargemeinden betragen rund 55 Mio Euro. 80 % werden durch das Land gefördert. Die auf Düsseldorf entfallenden Planungskosten von 2,9 Mio (gefördert durch das Land 2,3 Mio Euro) werden in den Haushalt 2017 aufgenommen. Die Auftragsvergabe der Planungsleistungen soll 2017 erfolgen, mit der Umsetzung wird in Abschnitten ab 2020 begonnen (gegen CDU, FW/TP, Rep, AfD);
- Teilsanierung der **Theodor-Heuss-Brücke** mit vorläufigen Kosten von 11,6 Mio Euro. Die Sanierung beinhaltet die Erneuerung der Tragkonstruktion der Geh- und Radwege, die Erhöhung der Geländer von 1 m auf 1,30 m, Korrosionsschutz und Stahl- und Betonsanierungen der Unterspannung. Die Erneuerungen der Kragarme der Geh- und Radwege erfolgen nacheinander auf den jeweiligen Brückenseiten. Dazu wird in 2018 und 2019 jeweils für 8 Monate eine Fahrspur gesperrt und die Geschwindigkeit auf der verbleibenden Spur auf 50 km/h begrenzt (einstimmig);
- **Regenwasserkanalerneuerung sowie der Neubau von Schmutzwasserkanälen im Bereich Heckteichstraße/Höherhofstraße**. Die Kosten werden mit 6,4 Mio Euro kalkuliert, Baubeginn soll im Juni 2017 erfolgen, Fertigstellung im Juni 2021 (einstimmig);
- **Regenwasserkanalerneuerung Liliencronstraße** und Neuverlegung eines Regenwasserkanals sowie Erneuerung des Mischwasserkanals Theodorstraße mit voraussichtlichen Kosten von 5,1 Mio Euro, Baubeginn im Januar 2019, Fertigstellung nach 24 Monaten (einstimmig);

- **Radverkehrsführung Klever Straße/Jülicher Straße** mit vorläufigen Kosten von 2 Mio Euro. Auf der Fahrbahn wird ein markierter Radfahrstreifen angelegt. Auf bisher 15 Parkplätzen werden Abbiegespuren in den Kreuzungsbereichen angelegt. Der Straßenquerschnitt wird neu aufgeteilt, die Fahrbahndecken in den Kreuzungsbereichen werden erneuert. Der Knotenpunkt Klever Straße/Jülicher Straße/Roßstraße/Collenbachstraße wird umgebaut, Rechtsabbieger über aufgepflasterte Mischflächen im Seitenraum abgewickelt. Dadurch können Gehwege verbreitert und zusätzliche Flächen für den Radverkehr gewonnen werden. Die Umsetzung ist 2018 vorgesehen (gegen TP/FW).

Der Rat beschloss die Ausführung und Finanzierung folgende Projekte:

- **Sanierung der Natursteinfassade am Luise-Gymnasium** (Bastionsstr. 24) mit Gesamtkosten von 2,27 Mio Euro. Unter Berücksichtigung des Schulbetriebs wird die Bauzeit 24 Monate betragen, Baubeginn im 2. Quartal 2017 (gegen TP/FW);
- Erhöhung der Zügigkeit von zwei auf drei Züge an der **Grundschule Max-Halbe-Str. 14** (Mörsenbroich). Das erforderliche Raumprogramm wird durch Sanierung der Künstlerateliers im Gebäudeteil C geschaffen. Eingeschlossen sind eine Schadstoffsanierung im Treppenhaus, die Betonsanierung der Außenfassade, die Sanierung des Flachdaches, ein Aufzug an der Außenfassade und ein barrierefreies WC einschl. Duschkabine und Wickelliege, Gesamtkosten 2,57 Mio Euro, Bauzeit 2. Quartal 2017 bis 1. Quartal 2018 (einstimmig);
- die Erhöhung von zwei auf vier Züge an der **Carl-Sonnenschein-Grundschule**, Graf-Recke-Str. 153 nebst Neubau einer Turnhalle mit Gesamtkosten von 12,7 Mio Euro. Es wird ein viergeschossiger Schultrakt mit Mensa und Einfach-Sporthalle errichtet, die auch als Aula genutzt werden kann. Über einen Aufzug können der Neubau und das Bestandsgebäude barrierefrei erreicht werden. Der Neubau und die Turnhalle erhalten behindertengerechte WC-Anlagen. Bis zur Fertigstellung im 3. Quartal 2019 (Baubeginn 4. Quartal 2017) werden weitere Klassencontainer aufgestellt (gegen TP/FW);
- dreigeschossiger Erweiterungsbau am **Cecilien-Gymnasium**, Schorlemer Str. 99 mit Verbindungsgängen zum Bestandsgebäude. Im Erdgeschoss wird u.a. eine Mensa untergebracht. Es werden behindertengerechte WCs sowie ein Aufzug eingebaut. Vorhandene eingeschossige, sanierungsbedürftige Pavillons werden zurückgebaut und die Funktionen in den Neubau integriert. Im Bestandsgebäude werden Umbaumaßnahmen durchgeführt, u.a. um einen größeren Chemiefachraum zu schaffen. Das Dreizügige Gymnasium nimmt seit einigen Jahren 5 Eingangsklassen auf, bis zur Fertigstellung des Erweiterungsbaus im 3. Quartal 2019 (Abriss der Pavillons im 4. Quartal 2017, Beginn des Neubaus im 1. Quartal 2018) müssen weitere Klassencontainer aufgebaut werden, Gesamtkosten 12,5 Mio Euro (gegen TP/FW);
- **Wiederaufbau der denkmalgeschützten Parkanlage Hofgarten und der Beleuchtung** mit Gesamtkosten von 7,8 Mio Euro. Durch den Orkan Ela wurden 370 Bäume vernichtet und die Gasbeleuchtung zerstört. Aus Spendenmitteln wurden 131 Bäume neu gepflanzt. Bis 2020 sollen in drei Bauabschnitten die Wege wieder hergestellt und Beetgitter, Bänke, Abfalleimer und Beschilderung erneuert werden. Das neue Bepflanzungskonzept sieht eine Höhenstaffelung der Stauden, Strauch- und Baumgruppen vor. Die Gasbeleuchtung wird wieder hergestellt und um neun Leuchten ergänzt (einstimmig).

Der Rat beschloss einstimmig die Ausführung folgender Projekte durch die Immobilien Projekt Management Düsseldorf GmbH. Die Finanzierung soll entweder im Rahmen eines Mietmodells oder durch Beauftragung vor Fertigstellung realisiert werden; bis zur Fertigstellung wird der Rat abschließend mit der Finanzierungsfrage befasst (ge-

gen CDU, Linke, AfD, Rep, TP/FW):

- Erweiterungsbau für Unterrichts- und Ganztagsräume inklusive einer Einfach-Sporthalle an der **Katholischen Grundschule Fleher Straße 213** mit Gesamtkosten in Höhe von 9 Mio Euro. Im Altbau wird ein behindertengerechtes WC eingebaut. Baubeginn ist im 2. Quartal 2017, Fertigstellung im 3. Quartal 2018;
- Erweiterungsbau für das **Gymnasium Koblenzer Straße**, Theodor-Litt-Str. 2, Umstrukturierung des Bestandsgebäudes und Neubau einer Dreifachsporthalle mit Gesamtkosten von 16 Mio Euro. Neu- und Umbauten schaffen das Raumprogramm für eine Erhöhung der Zügigkeit von vier auf fünf Züge. Die Dreifachsporthalle soll auch den Bedarf des Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasiums sowie der Theodor-Litt-Realschule abdecken und abends für Vereinssport genutzt werden. Die sanierungsbedürftigen naturwissenschaftlichen Fachräume werden im Neubau errichtet, die bisherigen Räume zu Klassen – und Ganztagsräumen umgebaut. Außerdem werden ein Selbstlernzentrum geschaffen und das Lehrerzimmer erweitert. Die Belange der Menschen mit Behinderung werden berücksichtigt.

Der Rat beauftragte gegen TP/FW die Verwaltung, für folgende **Projekte im Rahmen des NRW-Programms "Gute Schule 2020"** Kreditanträge bei der NRW.Bank zu stellen. Das Land stellt für die Inanspruchnahme der Gelder Schuldendiensthilfen zur Verfügung, indem es alle Tilgungsleistungen für die Kommune übernimmt. Für Düsseldorf stehen ins. 32,5 Mio Euro in den nächsten Jahren vier Jahren bereit:

- Teilabriss und Neubau der Lore-Lorentz-Schule, Schlossallee 14 (18,5 Mio Euro)
- Optimierung der WLAN-Ausstattung der Schulen (3,5 Mio Euro)
- Umsetzung der schulorganisatorischen Maßnahmen Georg-Büchner-Gymnasium (Änderung des Aufbaugymnasiums in ein Regelgymnasium mit erweiterter Oberstufe), Erhöhung der Zügigkeit von zwei auf drei an der kath. Grundschule Florensstraße, Ausbau des Gymnasiums Schmiedestraße 25 sowie Erhöhung der Zügigkeit von vier auf fünf am Comenius-Gymnasium (insgesamt. 10,5 Mio sollen in diese Maßnahmen fließen)

Planungsrecht

Der Rat

- beschloss den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan **Wohnhochhaus Mercedesstraße „Upper Nord Tower“** – und stimmte dem entsprechenden Durchführungsvertrag mit der Vorhabenträgerin zu. Auf dem 4930 qm großen Gelände im Kreuzungsbereich der Münsterstraße wird ein Hochhaus auf dem südöstlichen Teil des Grundstücks als 66,9 m lange, 16,7 m tiefe und 120 m hohe Scheibe parallel zur Münsterstraße und zum ARAG-Hochhaus entstehen. Ein fünfgeschossiges Gebäude neben der Hochhaus-scheibe dient der Schließung des Blockrandes. Als Fuge zwischen diesem Gebäude und der Hochhaus-scheibe ist ein überdachtes Foyer beabsichtigt. Um eine Vorfahrt (Vorplatz) auf dem Baugrundstück zu ermöglichen, ist das Gebäude im Baugebiet 2 um ca. 18 m von der Mercedesstraße abgerückt. Die insgesamt 36 Geschosse des Hochhauses werden in 31 Geschossen mit ca. 400 Wohnungen mit insg. 21.500 qm Wohnfläche unterschiedlicher Größe und unterschiedlichen Zuschnitts (ein bis drei Zimmer, 31-72 qm) ausgebaut. Im Erdgeschoss sind Café, Fitnessbereich und Kinderbetreuungseinrichtung vorgesehen, Einzelhandel zur Nahversorgung ist möglich. In zwei Geschossen werden Boardingseinheiten angeboten. Über ein Conciergesystem werden vielfältige Dienstleistungen angeboten einschließlich der Möglichkeit der vorübergehenden Untervermietung und Möbel-einlagerung. 82 Einheiten werden im Segment des preisgedämpften Wohnungsbaus mit einer Miete von 10 Euro angeboten. Im obersten Geschoss entsteht eine öffentliche Sky-Bar mit von den Mietern anmietbaren Koch- und Essräumen. Im

Baugebiet 2 sind Büro- und Hotelnutzungen möglich, im Erdgeschoss kleine Läden und Gastronomie. Die Stellplätze werden in einer Tiefgarage errichtet. Im Kreuzungsbereich der Münster- mit der Grashofstraße wird ein grüner Stadtplatz („Stadtplatz Ost“) angelegt. An der Mercedesstraße im Anschluss an die vorgesehene Wohnbebauung nach Westen soll ein weiterer Stadtplatz („Stadtplatz West“) entstehen. Durch den Durchführungsvertrag wird der Investor zur Errichtung einer unterirdischen Depotcontainersammelstelle in der Mercedesstraße und einer Großtagespflegestelle für Kinder im Erdgeschoss des Hochhauses verpflichtet. Außerdem muss er die Mietkosten für eine weitere Großtagespflege in der Nähe übernehmen bis dauerhaft eine Kindertageseinrichtung im Umfeld entstanden ist (gegen Linke);

- den Flächennutzungsplan und den Bebauungsplan „**Konrad-Adenauer-Platz 1**“. Das ehemalige Verteilgebäude der Deutschen Bundespost wird jetzt als Kerngebiet ausgewiesen und ermöglicht Nutzungen als Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude. Im Erdgeschoss verbleiben Hauptpost und Postbank. Außerdem ist ein großflächiger Lebensmittelmarkt auf 3.400 qm Geschossfläche (einschl. Lager-, Sozialräumen und Verkehrsfläche) vorgesehen. Die jetzige Geschossfläche von 45.000 qm kann durch Aufstockung auf 50.000 qm erhöht werden (einstimmig).

Haushalt 2017

Beschlossen wurden folgende Anträge von SPD, BÜ 90, FDP:

- Die **Integration von Geflüchteten mit verfestigtem Aufenthaltsstatus** vorantreiben hauptsächlich in den Bereichen Sprache, Wohnen und Ausbildung/Arbeit. Die in diesem Bereich in 2016 nicht verausgabten Mittel in Höhe von 150.000 Euro werden in 2017 wieder bereitgestellt (Enthaltung FW/TP, AfD, Rep);
- **liquiditätsverstärkende Maßnahmen** durch Verkauf des an den Stadtentwässerungsbetrieb verpachteten Kanalnetzes an den Stadtentwässerungsbetrieb ohne Erhöhung der Abwassergebühren aufgrund dieser Transaktion und Auftrag an die Verwaltung, Verhandlungen mit dem Flughafen über den Verkauf des Grundstücks an den Flughafen zu führen. Aus dieser Liquidität sollen Investitionen finanziert werden, vorrangig die beschlossenen Maßnahmen, und eine Liquiditätsreserve geschaffen werden (gegen CDU, TP/FW, AfD, Rep, Linke, Enthaltung Pirat);
- **Stellenmehrbedarfe** (u.a. zur Beschleunigung des Wohnungsbaus, Integration) sollen bei dem zur Zeit in Erarbeitung befindlichen Stellenplan berücksichtigt werden. 7,5 Mio Euro sollen durch erneute Überprüfung des Bedarfs und durch personalwirtschaftliche Maßnahmen kompensiert werden (gegen CDU, TP/FW, Linke);
- Auftrag an die Verwaltung, ein **mehrjähriges Zukunftskonzept für die Haushaltsplanung** zu erarbeiten, um einen dauerhaft strukturell ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Mögliche Maßnahmen sind die Reduzierung von Standards, die Streckung von Maßnahmen und das Streichen von Projekten. Investitionen in Schulen und Bäder stehen nicht zur Disposition. Das Konzept soll in einer neu einzusetzenden Kleinen Kommission im ersten Halbjahr 2017 beraten werden (gegen Linke). Ein Antrag des Piraten, einige Ideen zum Beteiligungs- und Vermögensmanagement auf ihre Umsetzung zu prüfen, wurde in diese Kommission verwiesen.

Der **Stellenplan** wurde gegen CDU, TP/FW, Rep, AfD und Linke beschlossen.

Der **Gesamthaushalt** mit Erträgen in Höhe von 2,74 Mrd. Euro und Aufwendungen in Höhe von 2,78 Mrd. Euro wurde mit den Stimmen von SPD, BÜ 90, FDP, Pirat gegen CDU, Linke, TP/FW, AfD, Rep beschlossen. Um den Haushalt auszugleichen, werden 44 Mio Euro aus der Ausgleichsrücklage entnommen. Für Investitionen werden Kredite von der Holding in Höhe von max 26,88 Mio aufgenommen. Für Investitionen aus dem Förderprogramm "Gute Schule 2020" werden Kredite in Höhe von 8,13 Mio aufge-

nommen. Zur Liquiditätssicherung können unverändert Kredite bis zu 438,6 Mio aufgenommen werden (gegen Linke, TP/FW). Die Steuersätze für Grund- und Gewerbesteuer bleiben unverändert

Die Sitzung dauerte von 9 bis 21 Uhr. Da kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern frohe Weihnachten und alles Gute für 2017.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

**V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de**